



NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG

Christian Dürr

Mitglied des Landtages
Umweltpolitischer Sprecher
der FDP-Landtagsfraktion

Wahlkreisbüro

Brookdamm 40
27777 Ganderkesee
Tel.: (04222) 400 0850
Fax: (04222) 400 0860

Landtagsbüro

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Tel.: (0511) 3030-3405
Fax: (0511) 3030-99-3405

Internet

www.christian-duerr.de
christian.duerr@lt.niedersachsen.de

Rede zum Antrag:

Arbeit muss sich lohnen - Für einen fairen Sozialstaat!
Fraktion der FDP

62. Sitzung des Niedersächsischen Landtags am 17. Februar 2010

Christian Dürr (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte ist so wichtig, dass es sich sicherlich lohnt, sie heute zweimal zu führen. Insofern haben wir jedenfalls von dieser Seite des Hauses damit überhaupt keine Probleme.

Wenn heute bereits 54 % - das sind 176,7 Milliarden Euro - des Bundeshaushalts für Soziales ausgegeben werden, dann bedeutet das - damit komme ich auf die Debatte zurück, die gerade von dieser Seite des Hauses in den letzten Tagen geführt wird - nicht, dass wir zu viel Geld für Soziales ausgeben. Es bedeutet vielmehr, dass wir auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das Geld nicht effizient ausgeben. Das muss am Anfang dieser Debatte deutlich gesagt werden.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Jüttner, ich habe die Pressemitteilungen von Ihnen und von Ihrem Landesvorsitzenden Duin gelesen. Natürlich ist es einfacher, als Konsequenz aus dem Karlsruher Urteil zu den Hartz-IV-Gesetzen zu sagen: Wir müssen nun einfach die Regelsätze erhöhen. - Ich sage Ihnen aber deutlich: Mit solchen einfachen Antworten werden Sie die soziale Schieflage in Deutschland nicht beseitigen. Das Bundesverfassungsgericht hat nicht etwa die Regelsätze als zu niedrig bewertet. Es hat die Berechnungsgrundlage für verfassungswidrig erklärt. Nach den Kommentaren gerade von Roten und Grünen zu diesem Urteil muss man sich fragen, ob Sie mittlerweile an vollkommener Amnesie leiden. Es geht hier um das Gesetz, das Rot-Grün zu Ihrer Regierungszeit im Deutschen Bundestag beschlossen hat. Das muss deutlich gesagt werden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den Grünen, ich glaube, Sie haben das noch gar nicht gemerkt. Sie haben vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eine Klatsche erhalten. Jetzt spielen Sie sich als Retter der Nation auf. Das ist der eigentliche Skandal in dieser Debatte und an Unglaubwürdigkeit wirklich kaum zu überbieten.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Ihnen sitzt die Panik ja schon im Nacken!)

Ich meine, jetzt ist die Zeit gekommen, um das deutsche Sozialsystem wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen.

(Unruhe)

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Kollege, ich darf kurz unterbrechen. Zum einen muss es entschieden ruhiger werden. Zum anderen möchte ich die Frage stellen, ob Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Helmhold gestatten.

Christian Dürr (FDP):

Nein, im Moment gestatte ich keine Zwischenfrage.

Jetzt ist die Zeit gekommen, um das deutsche Sozialsystem endlich wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen. Wir müssen die Anreize, eine reguläre Beschäftigung aufzunehmen, stärken. Es darf nicht sein, dass der *Focus* in dieser Woche schreibt: Für Krankenschwestern lohnt es sich nicht mehr, morgens aufzustehen. - Wir diffamieren die Hartz-IV-Empfänger nicht. Eines werden wir von CDU und FDP aber auch weiterhin tun. Wir werden die Politikerinnen und Politiker an den Pranger stellen, die behaupten, es müsse einfach nur noch mehr umverteilt werden, damit es in Deutschland sozial gerecht zugeht. Das ist ausdrücklich nicht der Fall.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Gerechtigkeit bedeutet eben auch Leistungsgerechtigkeit. Wir führen das berechtigte Streben der Menschen nach Wohlstand ad absurdum, wenn es sich in diesem Land nicht mehr lohnt, sich anzustrengen. Die Wahrheit ist: Dieser politische Irrweg führt geradewegs in die sozialpolitische Katastrophe.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Sie haben wohl Ihren Kompass verloren?)

Es gibt Familien, in denen die Abhängigkeit vom Staat von der einen an die nächste Generation weitergegeben wird.

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Kollege, ich darf noch einmal kurz unterbrechen. Es gibt erneut den Wunsch nach einer Zwischenfrage, und zwar von Frau Kollegin Flauger.

Christian Dürr (FDP):

Nein, keine Zwischenfragen, Herr Präsident.

Ich will deshalb deutlich sagen: SPD, Grüne und allen voran die Linke setzen den Wohlstand in unserem Land aufs Spiel. Wenn ganze Teile der Bevölkerung keinen Sinn mehr darin sehen, eine reguläre Beschäftigung aufzunehmen, geht einer Gesellschaft der komplette innere Kompass verloren. Das werden wir nicht zulassen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Kreszentia Flauger [LINKE]: Unverschämtheit!)

- Frau Kollegin Flauger, jetzt komme ich auf Sie zurück. Welches Ziel Linke und SPD eigentlich haben, können wir derzeit in der Bundeshauptstadt Berlin erleben. Unter Rot-Rot sind in Berlin 20 % der Menschen vom Staat abhängig. Die Arbeitslosigkeit in dieser Stadt beträgt fast 14 %. 40 % der Migrantinnen und Migranten sind arbeitslos. - Das ist der Nährboden, aus dem Elend und Extremismus wachsen. Da, wo Sie regieren, nämlich in Berlin, geht es gerade den Schwächsten der Gesellschaft am schlechtesten. Das ist Ihre Politik. Das darf ausdrücklich nicht zum Modell für Deutschland werden!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Kreszentia Flauger [LINKE]: Äpfel und Birnen!)

Ich will Ihnen deshalb deutlich unsere Forderungen auch zu Hartz IV sagen.

Erstens. Es ist Zeit für eine Sozialleistung, die die verschiedenen Sozialleistungen in Deutschland bündelt.

(Glocke des Präsidenten)

Wenn es allein im vergangenen Jahr 193 000 Klagen gegen Hartz-IV-Bescheide gegeben hat, dann zeigt das doch, dass diese Gesetze von Ihnen nicht besonders gut gemacht worden sind, sondern diese Gesetze sind von Rot-Grün besonders schlecht gemacht worden. Auch das muss deutlich gesagt werden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Kreszentia Flauger [LINKE]: Sie haben zugestimmt!)

Zweitens. Es muss sich lohnen, eine reguläre Beschäftigung aufzunehmen. Dabei geht es nicht um Minijobs, sondern es geht um Vollzeit Arbeitsplätze. Ich sage das in aller Klarheit. Wer arbeitet, der muss mehr haben als derjenige, der nicht arbeitet, und zwar nicht damit Menschen unterschiedlich viel verdienen, sondern weil ohne diesen Grundsatz die Gerechtigkeit in unserem Land verloren geht, um das deutlich zu sagen!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zuruf von Patrick-Marc Humke-Focks [LINKE])

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Kollege, Sie müssen jetzt zum Schluss kommen.

Christian Dürr (FDP):

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident, und füge drittens noch an: Die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen müssen ausdrücklich durch eine Steuerreform in diesem Land endlich entlastet werden. Auch das muss an dieser Stelle noch einmal deutlich gesagt werden, ansonsten werden wir bei der sozialen Gerechtigkeit nicht zusammenkommen. Ich fasse zusammen:

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Kollege, das kann ich jetzt nicht mehr akzeptieren. Sie haben die Redezeit deutlich überschritten. Ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen.

(Heiner Bartling [SPD]: Abschalten!)

Christian Dürr (FDP):

Ich komme zum Schluss: Die Debatte ist richtig, und wir werden sie weiter führen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Johanne Modder [SPD]: Unglaublich! Der sollte erst mal in die Praxis gehen! - Kreszentia Flauger [LINKE]: Starmathematiker! - Weitere Zurufe)

Quelle: Stenographischer Bericht der 62. Sitzung des Niedersächsischen Landtags.